

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preisvertrieb: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlos und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Vertriebsstelle: Halle, Postfach 14.

Abonnement: 12 Bf. für den Monat 650 und Spalte: 70 Bf. im Viertel. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. (Neb.) 21045, (Haupt.) 21047, (Froh-Ges.) 22331. Telegramm: „Klassenkampf“. Halle, Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 1008 48 Postfach, Halle.

Einzelpreis 10 Bf.

Halle, Sonnabend, 8. Oktober 1927

7. Jahrgang \* Nr. 237

## Letzte Rüstungen zum Bergarbeiterkampf!

Heute wird gekündigt — Es darf keine Streikbrecher geben — und keine Abwägung durch den Schlichter Eisenbahner, Chemie- und Transportarbeiter, verweigert Streikbrecherarbeit, schließt Kampfbündnisse!

—e. Halle, 8. Oktober.

Das Leben auf den Gruben wird von Tag zu Tag lebendiger. Die Distinktionen, soweit sie im Rahmen der gesteigerten Anspannung bei der Arbeit möglich sind, werden hofriger. Da ist noch einer, der nicht mitmachen will, und dort sind andere, die allerdings berechtigtes Misstrauen gegen die Kampfbildung der Gewerkschaften hegen. Aber immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es jetzt nur eines geben kann:

Den Kampf so zu organisieren, daß er ein Sieg auf der ganzen Linie wird.

Ein Sieg ist möglich. Die Grubenherren können die 80 Pf. pro Mann und Schicht bequem auspäsen. Wir haben lange genug verzichtet — auf Lohn, der durch die steigenden Preise auszuwärtet worden ist, auf Arbeitszeit, die verlängert worden ist und in der wir viel mehr ausgebeutet werden als früher — jetzt sollen einmal die Herren Unternehmer von ihrem gesegneten Wohlstand etwas, ein paar Pfennige, an uns für Frau und Kind abtreten lernen.“ So und ähnlich äußerten sich uns gegenüber eine große Zahl von Bergarbeitern, mit denen wir sprachen. Und sie haben recht. Der Kampf, der sich im mitteldeutschen Bergbau entwickelt, ist einer zwischen Lohn und Profit, zwischen Kapital und Arbeit und damit aber auch einer zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse und denen der Bourgeoisie, zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeitersektionen und Parteien einerseits und Unternehmerorganisationen, Schlichtungsausschüssen und dem bürgerlichen Staat andererseits.

Hart auf hart ist die Devise in solchen Kämpfen.

Nur der wird siegen, der alle verfügbaren Kräfte zum gemeinsamen Schlag und nach wohlüberdachten Plänen ansetzt, der rücksichtslos kämpft und der versucht, die Kräfte des Gegners zu zermürben.

In dieser Periode des Triumphes der Reaktion, des Bürgerblocks und der Hindenburg-Regierung ist es ausserordentlich wichtig, daß wir zu Beginn eines Kampfes die Kräfte des Gegners zerlegen. Wer selber nicht die Erfahrung, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich allzu gern ins feindliche Lager begeben und dort zu Beschäftigten bestimmen lassen, die einem glatten

Berater der Interessen der Kämpfenden gleichkommt. Wir erinnern nur an den Berliner Straßenbahnstreik.

Kein Schlichter darf diesen Kampf noch in letzter Minute abwürgen.

Einen solchen Verrat darf auf keinen Fall die mitteldeutsche Bergarbeiterklasse dulden. Sie muß vielmehr dafür sorgen, daß die Verbandsbureaus alles tun, um die Ausichten auf Sieg so günstig als möglich zu gestalten.

Was ist dazu notwendig?

Die letzte Woche der Vorbereitung — bis zum 17. Oktober — ist zur Organisation des Kampfes in den Betrieben gründlich auszunutzen. Es darf keinen Streikbrecher geben! Jeder Betrieb muß reiflos stillgelegt werden!

Zur besseren Organisation dieser Arbeit sind auf allen Gruben Streikkomitees zu bilden, die alle Arbeit übernahmen, Platzkarten und Zettelmaterial verteilen und Belegheitsverfahren anzuwenden zur letzten Mobilisierung einberufen.

Die Gewerkschaften müssen in jeder Weise von diesen Komitees unterstützt und genau so wie die Arbeiterpresse, der „Klassenkampf“, über alle Vorgänge unterrichtet werden.

In den Bergarbeiterorten ist sofort die Verbindung mit der übrigen Arbeiterklasse herzustellen und zur besonderen Unterstützung des Kampfes an die Internationale Arbeiter-Hilfe heranzutreten. Denn wenn die Verbandsleitung

auch 2 Millionen Mark Verbandsarbeiter für den Kampf flüssig machen will, so ist hoch bedeutsamer als diese Unterstützung die Kampfesolidarität der übrigen Arbeiterklasse.

Darum muß auch der Bergarbeiterorgan die sofortige Verbindung mit den Gewerkschaftsverbänden der Eisenbahner, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter aufnehmen, damit durch diese Organisationen jede Streikbrecherarbeit und Einschub von Streikbrecherlöcher aus anderen Gebieten verhindert wird.

Der englische Bergarbeiterkampf braucht deswegen nach monatelangem Kampfe zusammen, weil die anderen Bergwerke nichts taten, um die Bergarbeiter in diesem Sinne zu unterstützen und — weil auch der deutsche Kampf Streikbrecherlöcher förderte und der deutsche Transportarbeiter sie verlor und nach England schiffte.

Am Gegenstand dazu können wir gerade heute die Nachsicht von einem großen Sieg amerikanischer Bergarbeiter bestehen. Nach einem Kampfe von sechs Monaten haben sie den Angriff auf ihren Lohn abgewehrt. Von 7,5 Dollar sollte der Schichtlohn auf 5 Dollar abgemindert werden. Die Unheimlicher mühten zu Kreuze kriechen und den alten Lohn von 7,5 Dollar weiterzahlen.

Bei uns geht der Kampf um Schließung des Rohines. Die 80 Pf. können und müssen erkämpft werden! Nicht die letzte Woche zum Stillen, dann wird und muß der Kampf gelingen!

## Millionen-Geschenke an die Großagrariere

Warum die Kartoffeln so teuer sind — Jährlich 100 Millionen an die Steuerdrückbeherger

In welcher Weise die kapitalistische Republik den Großagrariern Millionen-Subventionen zufließen läßt, dafür ist ein Musterbeispiel das Geschäftsgeld der Reichs-Brandwein-Monopolverwaltung. Sie hat im letzten Jahre 88 Millionen Mark Verluste gemacht, die aus den vom arbeitenden Volke aufgetriebenen Steuern gedeckt werden. Diese Verluste sind größtenteils nichts anderes als Geschenke an die Großagrariere. Die Monopolverwaltung faßt von den Brennereien der Großagrariere zu weit über den Marktpreis liegenden hohen Preisen den Brandwein und legt ihn zum Marktpreis im In- und Auslande ab. Ein hektoliter Weingeist kostet der Monopolverwaltung (inkl. Reinigung) 80 Mark, und sie verkauft lediglichen Spiritus zu 30, Motorspiritus zu 15 Mark. Jetzt wurde der Hebernahmepreis abermals um rund 12 Prozent erhöht, so daß die Brennereien die Geschenke an die Großagrariere, sich auf mehr als 100 Mill. Mark jährlich erhöhen werden.

Vom Steuerzahlen sind die Großagrariere befreit, aber aus den Steuern der Arbeiter, Kleinverdienenden und verfalligen Bauern erhalten sie hunderte Millionen in den Taschen gewaschen. Der SPD-Breite, die diese Lasten trägt, kriecht, hoch allerdings eine Gutheißung über die ungewissen Subventionen an die Großagrariere nicht zu, denn diese Subventionen wurden auch ausgenommen, als SPD-Kühler die Ministerien drückten. Das Geschäftsgeld der Brandwein-Monopolverwaltung ist ja nicht von heute, es war schon zu Wilhelms Zeiten so und ist von der Ober-Hindenburg-Republik weitergeführt und ausgebaut worden.

Diese Subventionspolitik wird geführt mit der Begründung, daß der Kartoffelbau geschützt und rentabel gemacht werden müsse, d. h. daß die Preise für Kartoffeln erhöht werden. In der Tat! Die Preise auch für Speisekartoffeln werden durch die Subventionspolitik der Monopolverwaltung stark in die Höhe getrieben und sind nicht zuletzt deshalb mehr als doppelt so hoch als vor dem Kriege. Der Staat treibt also eine bewußte Ausmüherung der konsumierenden arbeitenden Massen.

Mit der angeblichen Förderung des Kartoffelbaus steht andererseits aber nicht im Einklang, daß die Monopolverwaltung 30 Millionen Mark für Brandwein aus eingeführtem Mais ausgiebt und ihn für 12 Millionen wieder verkauft, also 18 Millionen Mark verliert. Mais wird von den Brennereien zu 8 Mark pro Zentner gekauft, daraus wird Brandwein im Verkaufspreis von 2 Mark hergestellt, und der Staat zahlt den Brennereien über 10 Mark.

Ein profitables Geschäft! Die Brennereien haben außerdem noch die Abfallprodukte — Schlempe zur Viehfütterung — als Extraprofit. Hier wird als Begründung angeführt — ebenso auch in Bezug auf Kartoffelverarbeitung —, daß für die Sicherung des Viehbestandes die Schlempe als Futtermittel dringend gebraucht werde. Das ist aboluter Schwachsinn. Wenn in Schlempe ein gutes Futtermittel, aber der Wegfall von Schlempe bedeutet nicht im geringsten eine Verhäufung des Viehbestandes, sondern höchstens eine Verminderung des Profites einiger hundert Großgrundbesitzer, die durch die Politik der Monopolverwaltung zu einem billigen Viehfutter kommen. Bei höchstens 5 Prozent des Viehbestandes in Deutschland kommt Schlempe-Fütterung in Frage. Schon daraus ist die Haltlosigkeit des agraristischen Argumentes zu ersehen.

Das gesamte wertvolle Volk muß darum verlangen: Schluß mit der Verschleuderung anderer Steuergeber für Subventionen an die Großagrariere! Schluß mit der Wucherpolitik des Staates!

## Poincaré treibt weiter zum Bruch

(WZB.) Paris, 7. Oktober.

Wie die Havas-Agentur mitteilt, hat der französische Botschafter in Moskau heute vormittag vom Minister des Auswärtigen Briand die letzten Instruktionen erhalten, um offiziell die Abweisung Platonows zu fordern. Er werde diese Instruktionen heute auch Tschijschirin in Form eines motivierten Schreibens mitteilen. Die verschiedenen zwischen Frankreich und Rußland ausgetauschten Noten würden zweifellos morgen nach Beendigung des Ministerrates veröffentlicht werden.

Bezeichnend für die Hintergründe dieses Beschlusses ist die Tatsache, daß der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Jalewski in Paris eingetroffen sind.

Wie die Pariser Presse meldet, hat Tschijschirin selbst die Forderung ausgesprochen, daß die französische Regierung die Abweisung Platonows schriftlich und mit genauer Angabe begründet verweigert. Der wahre Grund wird natürlich wieder die französische Regierung nach die französische Presse zugeben. Das ist der Druck der englischen Regierung und vor allem des Shell-Truists, des mächtigen englisch-holländischen Oligarchen, der über Sowjet-Rußlands Kapfen den Bogen auf dem Weltmarkt verhängen will und die französische Presse mit Millionen bedroht hat, um eine wüßige Hege gegen die Sowjetunion einzuleiten.

Bis jetzt hat eine einflussreiche Gruppe französischer Politiker, unter der Führung des Kabinettsmitglieds De Witt, die den Plänen Poincarés gegenüber Widerstand geleistet. Die Erklärung des Außenministers Briand war schwach. Die Forderung auf Abweisung Platonows zeigt, daß der englische Imperialismus bzw. der Druck den Einfluß dieser Gruppe zurückgedrängt hat und den völligen Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion durchsetzen will.

Die Pariser Presse meldet, daß der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Schroeder-Panhausen, erneut bei Tschijschirin vorstellig wurde und ihm in dringlicher Form zur Abweisung gegen-

über Frankreich geraten habe. Trifft diese Meldung zu, so bedeutet sie nichts anderes als das Einverständnis der deutschen Regierung in die Chamberlain-Poincaré-Front. Von Chamberlain und Poincaré durch Nachschub zu Strejmann und die Weis, Stampfer und Konforten. Das ist die Front der Imperialisten, die Front der Kriegshäher, der gegenüber die Weltfront der revolutionären Arbeiter zum Schutz der Sowjetunion zu errichten ist.



Der viel umkämpfte Platonow, Botschafter der U.S.S.R. in Paris

# Heute Ausschichtsratsführung der Chemietönlige in Leuna

Sonnabend, den 8. Oktober, findet in Leuna die Ausschichtsratsführung der I. G. Farben-Industrie statt. Die bürgerliche Presse knüpft an die Sitzung verschiedene Kombinationen. Man will wissen, daß eine Erhöhung des Aktienkapitals erfolgen soll, daß Mitteilungen über das Zusammengehen mit den ausländischen Chemiegiganten gemacht werden. Nach den bisherigen Erwartungen wird die Geheimdiplomatie der Chemiefabrik der Öffentlichkeit nicht mehr mitteilen, was wir wirklich erfahren wollen. Nichts über die Profite, die tatsächlich erzielt werden, über die imperialistischen Bündnisse mit ausländischen Gruppen, nichts über den Stand der Produktion. Die Leuna-Arbeiter werden den höchsten Gästen ihre Forderungen laut mitteilen können. Die Ausschichtsratsmitglieder können aber sicher sein, daß die Leuna-Proleten Gelegenheit finden werden, ihren Willen für den Kampf nach höheren Löhnen zum Ausdruck zu bringen.

## Die SPD. für das reaktionäre Schulgesetz

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gab über ihre gestrige Sitzung, wo das Schulgesetz auf der Tagesordnung stand, folgenden offiziellen Bericht:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich heute mit dem Reichschulgesetz. Die Besprechung ergab volle Einigkeit darüber, daß der Reichswille Entschlossenheit auf das schärfste abzuweisen ist und alle Bestrebungen zur Konfessionierung der Volksschulen abzulehnen sind. Von einer formalisierten Stellungnahme wurde vorläufig abgesehen, da zunächst das Ergebnis der Beratungen des Reichsrats über die Anträge der Länder-Regierungen abgewartet werden sollen.“

Die preussische Koalitionregierung ist bekanntlich grundsätzlich für das reaktionäre Schulgesetz. Ihre Anträge werden wahrscheinlich im Reichsrat die Basis für eine ungewollte Abänderung des Reichswillens bilden. Gleichzeitig läßt die Reichsregierung erklären, daß sie bereit ist, mit dem Reichsrat über ein Kompromiß in der Richtung der Preußen-Anträge zu verhandeln, und daß sie wünschenswert findet, den Reichsrat zu ersuchen, damit nicht neben Reichsentscheidungen noch ein abgeänderter Reichsratsentwurf dem Reichstag vorgelegt wird. Demgegenüber soll nun ein gemeinsamer Entwurf von Reichsrat und Reichsregierung übergeben werden.

Zeit ist der letzte Schritt von der Schulpolitik der Sozialdemokraten gefordert. Es gehen mit der Preußen-Regierung, die sich mit dem Bürgerblock im Reichsrat einig wird.

## Ausnahmegeetze gegen die Lehrerschaft

(Eig. Meldg.) Dresden, 7. Oktober. Der föderale volksparteiliche Schulminister Dr. Kaiser hat einen Erlass herausgegeben, der den Lehrern verbietet, in amtlichen Lehrerversammlungen und in Elternversammlungen über das Reichsschulgesetz zu sprechen.

Die Lehrer werden hier auf eine Linie mit dem Reichswehr-Verbot gestellt. Dieses föderale Verbot sollen sie sich auf keinen Fall gefallen lassen.

## Schulverpflichtung bedeutet Erlass für Heeresziehung

(Eig. Meldg.) Dresden, 7. Oktober. Hier trat der deutsch-nationale Lehrertag Deutschlands zusammen. Graf Krafft, der Präsident des Reichslandbundes, sprach in seinem Referat über Schule und Landwehrpflicht dahingehend aus, daß man „auf keinen Fall in der Schule den Gedanken der Erziehung hinter den der Wehrung stellen solle, denn die Wehrung ist die erste Aufgabe, die sich dem Jugendlichen erhebt.“ — Auch die religiöse Unterweisung unserer Jugend sei unentbehrlich. Ueber Schule und Industrie sprach der Bergwerksdirektor Dr. Rademacher. Außer einer guten Schulbildung der Arbeiter (natürlich zum Zwecke der besseren Ausbeutung) müsse die Schule natürlich auch die Erziehung zur Disziplin und Ordnung übernehmen, ohne die ein großes Wirtschaftsunternehmen nie gelingen kann.

## Der Chef der deutschen Reichswehr in Nordamerika

Berlin, 7. Oktober. Der Chef der deutschen Reichswehr, General Hege, ist heute nach Amerika abgereist.

Die Post am Abend“ erzählt von besonderer Seite, daß der Reise die größte politische Bedeutung beigegeben werden muß. General Hege will, nach dieser Information, die militärischen Einrichtungen Amerikas studieren und Verhandlungen mit amerikanischen Militärs und Regierungsgewalten führen, die sich um die Wehrkraft und Vermehrung der deutschen Reichswehr beschäftigen. Man will mit der Behauptung Deutschlands durch den Aufschwung in Amerika Einbruch machen und amerikanische Kreise für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen Deutschlands gewinnen.

## Schachts Feldzug gegen die Kommunen

Der Reichsamtpräsident Schacht hat den Vorschlag gemacht, daß in der Zukunft die Genehmigung jeder Auslandsanleihe von der einstimmigen Billigung durch die Antischachtstelle abhängen soll. Praktisch würde dies bedeuten, daß die Stimme der Reichsamt in der Antischachtstelle jede Auslandsanleihe unmöglich gemacht hat. Die heutige Kabinettsitzung wird über den Vorschlag von Schacht die Entscheidung zu treffen haben. Begriffsklärer werden die Länder der Finanzdirektion der Reichsamt einen Widerstand entgegen. Das Ergebnis dürfte ein Kompromiß sein, das aber den Forderungen Schachts weitgehend Rechnung trägt und zu einer weiteren Drofflung der Auslandsanleihen für die Kommunen führen wird.

## Niedner, eine treue Hilfe der besitzenden Klasse

(Eig. Meldg.) Berlin, 7. Oktober. Soeben ist die schriftliche Begründung des Beschlusses des Niedner-Gerichtshofes zur Vertagung des SPD-Zentralprozesses veröffentlicht worden, in der die Schlüssigkeit Niedners, die er anlässlich der Vertagung sprach, noch verstärkt zum Ausdruck kommen. Es heißt da:

„Der Bestand der deutschen Republik beruht auf der Durchführung des Einheitsprinzips. Der Staat der deutschen Grundbesitzer ist nicht beizubehalten, gibt sich ihm nicht selbst an. In voller Erkenntnis dieses fundamentalen Grundgesetzes hat das Reichsgericht alles getan, um den gegenwärtigen Prozeß, dessen Bedeutung für das Gesamtinteresse des Staates unermesslich ist, zur endlichen Durchführung zu bringen. Der Niedner, der ein solches Schicksal erdulden muß, hat sich nicht wehren wollen.“

„In dieser Erklärung geht aus ganz klar hervor, daß für Niedner die „unermessliche Bedeutung dieses Prozesses“ darin liegt,

# Zum Herbstaufgebot der SPD.

An die Partei!

Genossen! Genossinnen!

Der Aufmarsch der reaktionären Kräfte anlässlich des 80. Geburtstages des Kaiserlichen Generalleutnants und republikanischen Reichspräsidenten Hindenburg war ein höchst bedauerlicher Ausdruck der planmäßigen Mobilisierung des Bürgerblocks zur verfeindeten wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen die Arbeiterklasse, zur Vorbereitung der kommenden Wahlen und der letzten Teilnahme Deutschlands an einem neuen imperialistischen Kriege. Gleichzeitig zeigte sich am 2. und 3. Oktober erneut, daß die sozialdemokratischen Führer mehr denn je durch Unterlassung jedes wirklichen Kampfes gegen den Bürgerblock bereit sind, die „nationale Front“ der Kapitalisten zu verlassen und die Geschäfte der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die größten Feinde der deutschen Arbeiterklasse, zu besetzen. Um so notwendiger ist es, die Arbeit der Partei zur Mobilisierung der wertvollen Massen gegen den Hindenburg-Kurs zu verstärken. Nur die Kommunisten haben bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angelegte Wagnisse ist ein Sohn auf die Kampferhebung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der Reichswehr sind bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitgeberfeindliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuziehen.

Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, in diesen Kämpfen an der Spitze der Arbeiterklasse zu marschieren.

In der jetzigen Zeit, in der die deutsche Bourgeoisie auf der ganzen Linie zum Kampf gegen die Arbeiterklasse rüstet, wo die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Sowjetunion, immer konkretere Formen annehmen, rufen die Arbeiter und Bauern Sowjet-Staats zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Diese zehn Jahre sind angefüllt mit dem heldenmütigen Kampfe gegen die Feinde der proletarischen Diktatur und außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. Nach dem siegreich geführten Bürgerkrieg gegen die zaristischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feindkräfte hat die Sowjetunion alle Kräfte auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erfolgreich konzentriert. Die imperialistischen Großmächte, an ihrer Spitze die feindliche englische Regierung, wollen diesen Prozeß des wirtschaftlichen Aufbaues durchsetzen durch einen neuen Interventionenkrieg, dessen Vorbereitung der Hauptinhalt der letzten Weltversammlungen und aller dort abgeschlossenen offenen und geheimen Verträge bildeten. Es ist die Pflicht des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, die Lebensaufgabe der Bewandlung der proletarischen Revolution, der kommunistischen Parteien, diese Interventionen abzuwehren zu durchsetzen und Sowjet-Staats Schlichter an Schlichter mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen.

Um all diese gewaltigen Aufgaben erfüllen zu können, muß die Partei ihre eigenen Reihen verstärken, den Einfluß der kommunistischen Presse in der Arbeiterklasse vertiefen, die Genossen zu aktiverer Mitarbeit heranziehen.

Das vom Zentralkomitee beschlossene Herbstaufgebot verpflichtet jeden Parteigenossen und jede Parteigenossin, den Partei neue Mitglieder aus den Reihen der Sympathisierenden zuzuführen, für die Parteipresse neue Leser zu gewinnen. In allen Bezirken, in allen Ortsgruppen und Zellen muß die Mobilisierung der wertvollen Massen für den Kampf gegen den Bürgerblock und Hindenburg-Kurs verbunden werden mit einer breiten Werbe-Kampagne für die Partei und unsere Presse. Jede Betriebszelle, jede Straßenzelle muß sich die Aufgabe stellen, ihren Mitgliedsbestand durch Gewinnung neuer Genossen zu verdoppeln; jede Ortsgruppe muß sich ein bestimmtes zu erreichendes Ziel für das Aufgebot (für Partei und Presse) stellen. Unsere Fractionen in den Gewerkschaften, Genossenschaftlichen und Massenorganisationen, insbesondere in SPD, KPD, KPD, und KPD müssen die besten Propagandisten in diesen Organisationen für den Kommunismus gewinnen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Allen Verfügungs- und Zeremonienmaßnahmen gegen die Partei zum Trotz!

Stählt den Kampfesgeist in unseren Organisationen und in der Gesamtarbeiterklasse, führt die Kampffront, werdet unter der breiten Waffe der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Wertvollen in Stadt und Land neue Kämpfer für die Partei, für die siegreiche proletarische Revolution!

Zentralkomitee der SPD.  
(Schlichter der Kommunistischen Internationale).

den lassen; eine Schlechterstellung der Bediensteten gegenüber den Arbeitern beabsichtigt ist; eine Vermehrung der Bediensteten durch den Aufmarsch der Arbeiterklasse erfolgt und die Beschäftigung der Wit- und Waisenkinder nicht durchgeführt wird.“ — Die Konferenz fordert weiter von der Reichsamt-Hauptverwaltung, in abschwächende Verhandlungen mit den Organisationen über die Neueingliederung der Bediensteten für die Reichsamtbeamten einzutreten.

## Streikbeschluss der hamburger Bauhelfer

(Eig. Meldg.) Berlin, 7. Oktober. Die Tarifgruppe der Hamburger Bauhelfer hat gegen viele Stimmen den Streik beschlossen, da ihre Lohnforderungen von 15 Prozent durch das Unternehmensangebot von 7 Prozenten und dem Streikspruch von 9 Prozenten nicht erfüllt worden ist.

## Die SPD. fällt den streikenden Brauereiarbeitern in den Rücken

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. Oktober. Die Brauereiarbeiter bewilligen statt der geforderten 10 Mark nur 8 Mark Zulage pro Woche und lassen die Wiedereintritt der Streikenden offen. Der „Vorwärts“ fordert heute bedingungslos die Annahme der Unternehmerforderung. Die rote Fahne“ umarmt nicht. Die Kommunisten über den 8. 23 wurden hierauf ausgeübt und die Debatte über den 8. 24, der die Frage des Notstandes behandelt, aufgenommen. Vor Schluss der Sitzung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß am Donnerstag, dem 13. Oktober, die Sachverständigen über die Frage der Streikmündigkeit der Kinder gehört und die Beratung des 15. des Entwurfs aufgenommen werden sollen. Als Sachverständige sind bestimmt: Jugendrichter Fronte-Allen, Prof. Düring, Frankfurt a. M., und der Oberarzt Kramer-Berlin.

## Aus dem Strafgesetzbuch-Ausschuß

Der Ausschuss setzte am Donnerstag, dem 8. Oktober, seine Beratungen beim 8. 24, der über die Notwehr handelt, fort. Der Entwurf bringt gegenüber dem alten 53 einige kleine Verbesserungen. Genosse Koenen begründete einen kommunikativen Änderungsantrag, der die Rann-Vorsicht für die Wahrung der Strafmündigkeit der Kinder, der Strafmündigkeit der Kinder in eine Strafmündigkeit umzuwandeln will. Die Änderungen über den 8. 23 wurden hierauf ausgeübt und die Debatte über den 8. 24, der die Frage des Notstandes behandelt, aufgenommen. Vor Schluss der Sitzung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß am Donnerstag, dem 13. Oktober, die Sachverständigen über die Frage der Streikmündigkeit der Kinder gehört und die Beratung des 15. des Entwurfs aufgenommen werden sollen. Als Sachverständige sind bestimmt: Jugendrichter Fronte-Allen, Prof. Düring, Frankfurt a. M., und der Oberarzt Kramer-Berlin.

## Amnestie in der Sowjetunion

(Eig. Meldg.) Moskau, 7. Oktober. Anlässlich der 10. Jahresfeier der Oktober-Revolution plant die Sowjetregierung eine Amnestierung Verurteilter, die wegen milderer Verbrechen verurteilt wurden. Alle, gegen die höchstens auf eine einjährige Strafe erkannt wurde, werden befreit. Von der Amnestie sind die Konterrevolutionäre, Banditen und wegen Verletzung und Verurteilung verurteilte Personen ausgeschlossen.

# Außenpolitische Wochenschau

Frankreich und der Kommunismus — Englands  
Continentalpolitik — Ferner Osten — Mexiko

Die französische Außenpolitik ist in der Hauptfrage eine innere Angelegenheit. Die Orientierung des französischen Imperialismus ist im letzten Jahre durch die Ereignisse im Osten so sehr beeinflusst worden, dass die Außenpolitik nicht mehr ein selbständiges, sondern ein von innen her bestimmtes Element geworden ist. Die französische Außenpolitik ist heute eine Politik der Abwehr, die sich gegen die Bedrohungen von allen Seiten hinrichtet. Die französische Außenpolitik ist heute eine Politik der Abwehr, die sich gegen die Bedrohungen von allen Seiten hinrichtet.

Nach einer sehr ernsten Sache gibt der französische Bourgeoisie zu denken: die in allen möglichen Punkten aufeinander abzustimmen. In der Ukraine und Syrien. Es ist unseres Wissens noch nicht gelungen, das der Kriegsmangel eine große Rolle zu spielen. Die französische Außenpolitik ist heute eine Politik der Abwehr, die sich gegen die Bedrohungen von allen Seiten hinrichtet.

Englands Politik konzentriert sich momentan offenbar darauf, die Schwächen der anderen europäischen Mächte möglichst auszunutzen. Da man Frankreichs offenbar nicht ganz sicher ist, hat man ihm in der Tangezeit gelinde Dammgebühren angelegt und droht ihm, wenn es nicht reich in die Chamberlain-Front eintritt, mit einem spanisch-italienischen Block unter englischer Hegemonie. England natürlich möglichst wohlwollend, sich aber auf die Weise, die es gerade die Maßnahmen der letzten Tage zeigen, — sehr wacklige spanische Diktatur zu binden. Frankreich veranlaßt sich für die spanischen Interventionen in der Tangezeit durch ziemlich offene Anerkennung der gegen Frankreich gerichteten Bemühungen, nach dem Osten zu strömen, nachdem es aus Gründen der allgemeinen Antifaschistischen Kampagne keine Unterstützung des italienischen Imperialismus etwas abbreiten mußte. In diesem Sinne sind die Anträge in Spanien aufgedeckten Verhandlungen gegen die Diktatur Franco de Rivera's immer noch im Gange.

Es geht es nicht nur dem kleinen Ungarn und dem auch nicht sehr viel mächtigeren Spanien, sondern selbst dem deutschen Reich. Die französische Außenpolitik ist heute eine Politik der Abwehr, die sich gegen die Bedrohungen von allen Seiten hinrichtet.

Imperialismus. Einerseits ermuntert England alle seine Expansionswünsche, sucht ihm möglichst lockere Söhningen für den Fall der offenen Auseinandersetzung an Antikommunismus vorzugeben. Aber man darf sich doch die Kritik zu Frankreich nicht abweisen, in man menten die für die Antikommunisten wichtigsten Entscheidungen fallen. Also beteiligt man sich an dem französischen Votum gegen Hindenburgs Geburtag und gibt den deutschen „Arenden“ eine late Danksagung. Eine große Menge der deutschen Reichsparteien, die die englische Außenpolitik als Frankreichs Politik ansehen, haben sich die nun vor der Verlegenheit stehen, die traurige Tatsache zugunsten zu müteln. Sie helfen sich aus der Schwierigkeit durch — Schweigen.

Während der englische Imperialismus sich mit dem Ausbau der europäischen Positionen seiner Antikommunisten beschäftigt, hat er in Vorderasien eine schwere Schlappe erlitten: den Abschluß des russisch-perussischen Garantie- und Handelsvertrages. Damit ist an der russischen Südgrenze die Mäße, die zwischen der besetzten Türkei und dem ebenfalls nicht antikommunistisch eingestellten Aganistan bestand, gelöst und eine der mächtigsten Angriffsformen Englands gegen die Sowjetunion jähzuletzt erschwert.

In China entwickelt sich der Klientenkampf der Generale zu nächst in einer Richtung, die — zumindest auf einige Zeit — die Revolution zur Herstellung einer einzigen Front gegen die chinesische Regierung und gegen die Sowjetunion erkennen. Während der frühere Kommandant der Han-Ku-Truppen, Tangshengshai, eine Annäherung an Tchangkaifeng vollzog und damit der Manting „gemein“ Kuomintang über die Schwierigkeiten lief, hat sich nun der Gouverneur von Schensi, Yen Shih-shan, „endgültig“ für die Kommunisten entschieden und im Verein mit Tangshengshai einen überraschenden Angriff auf Beijing unternommen, der bis jetzt rasche Fortschritte macht und schon zur Einnahme von Kalgan führte. Tchangkaifengs Lage ist darum noch nicht verwestelt, die verschiedenen Gruppen werden wohl noch geraume Zeit nebeneinander bestehen und wechselseitig ihre Kräfte paralysieren. Für die heute noch schwachen Kräfte der Bauernbewegung ist das zweifellos ein Vorteil: solange in China keine einheitliche konterrevolutionäre Macht besteht, werden die einzelnen Generale der revolutionären Bewegung wohl einzelne Schuppen (wie die von Reuter-Berichte gegebene Aufzählung von Swiatow) belagern, ihre Wurzeln aber nicht zerstören können.

Der amerikanische Imperialismus, der sicher auch in China zum Schaden der englischen Einigungsmaßnahmen mit Eifer in der Erzeugung von Klientenstreifen befaßt ist, läßt wieder einmal nach China vor. Der letzte amerikanische Aufmarsch war offenbar kein Wert. Er scheint im wesentlichen laubdiert zu sein — aber so rasch wird sich Amerika damit nicht zufriedengeben. Wenn Material für konterrevolutionäre Erhebungen gibt es in Mexiko genug, die amerikanische Intervention ist ausreißend, und so wird die Schuldung des „Kriegs“ nicht die letzte bleiben, wie sie auch nicht die erste gewesen ist.

## Thiangholin auf der Flucht

Die Truppen Thiangholin, die bisher gegen die Armeen Fenzugshiang und die des Gouverneurs der Provinz Sanchi laubte, haben erneut eine schwere Niederlage erlitten. Sie ziehen im schiefen Winkel zurück, nach Beijing zurück. Die Einnahme durch die Truppen unmittelbar bevorstehen soll.

In Honan ist nach den Berichten englischer Blätter der Berichtserichter der „Times“ von Truppen Fenzugshiang ermordet worden.

## Bauernaufstände auch in Mittelhina

Die hiesigen chinesischen Blätter berichten über die wachsende Unzufriedenheit und über Bewegungen der Bauernschaft in zehn Bezirken des Gebietes von Kentsin. Die durch die endlosen militärischen Operationen emittierten Steuern haben in zahlreichen Bezirken bewirkt, dass die Bauern sich mit den Steuern weigern zu zahlen. Die Bauern sind auf dem Vormarsch, die Bevölkerung die von den zentralen Armeen weggenommenen Waffen sammeln. Die Bauerntruppen erhalten täglich neuen Zuwachs.

Wägs der Eisenbahnlinie Peking-Nankin, an der Bauerngruppen operieren, ist es bereits zu zahlreichen Zusammenstößen mit den Warden-Truppen gekommen. Die Zahl der Toten Lansen in der Umgebung von Kentsin wird auf 8000 Mann geschätzt. Sie haben alle große Leiden in Guerrilla-Kriege.

Die reaktionäre bürgerliche Presse Chinas ist durch die Tätigkeit der bewaffneten Bauerntruppen und der roten Lansen aufs äußerste beunruhigt.

## General Gomez noch nicht niedergeschlagen?

(Eig. Meldg.) Berlin, 7. Oktober.  
Wie aus Neuquero berichtet wird, wurden in Mexiko General Guiterrez 12 Rebellenführer erschossen, unter ihnen der General Cuernavaca, der Kommandeur des in Mexiko stationierten Kavallerieregiments. Andere Meldungen betragen, daß General Gomez, dessen Gefangenschaft gemeldet wurde, noch nicht gefangen sei, sondern sich noch im Staate Veracruz mit 2000 Mann seiner Truppen aufhalte.

## Zur Lage in Mexiko

(Eig. Meldg.) Neuquero, 7. Oktober.  
Aus Mexiko-Stadt werden noch weitere Hinrichtungen an dem verhafteten General Gomez gemeldet. Der Senat nahm ein Vertrauensvotum für den Präsidenten Calles an.  
Die Zeitungen berichten, daß Alfonso de la Huerta, der Bruder des ehemaligen Präsidenten von Mexiko, mit sieben seiner Geleiteten erschossen wurde, als er die Grenze der Vereinigten Staaten überschritten hatte, um in Mexiko an der „revolutionären“ Bewegung teilzunehmen.  
Nach amtlichen mexikanischen Nachrichten wurden die Truppen des Generals Gomez gestern in vier Gefechen in der Nähe von Veracruz im Staate Veracruz geschlagen.

## Politisches Anwerter auf dem Balkan

(Eig. Meldg.) Berlin, 7. Oktober.  
Aus Belgrad wird gemeldet, daß die jugoslawische Regierung beschlossen hat, die jugoslawisch-serbische Grenze zu schließen und die Abnahme der Serben in allen Bulgaren den Unbegriff auf jugoslawisches Gebiet zu vermeiden. Diese Maßnahme ist auf die gestern erfolgte Ermordung des jugoslawischen Generals Komarschewitsch zurückzuführen.

## Italienische Flüchtlinge in Deutschland eingekerkert

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. Oktober.  
Die rote Hilfe teilt mit, daß die getriggerte Werbung über die Auslieferung 15 italienischer Flüchtlinge als „Kriegsverbrechen“ den preussischen Behörden in Magdeburg eingekerkert worden sind, und daß die Pläne der Polizei und Justiz noch unbestimmt sind.

## Macdonald hebt gegen die Sowjetunion

Die Donnerstag-Tagung der Arbeiterpartei in Moskau nahm zur Außenpolitik und zu einer Resolution des Parteivorstandes Stellung, die sich gegen Chamberlains Außenpolitik wendet und Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetunion fordert. Macdonald hielt eine scharfe Rede gegen die Sowjetunion, die er für die Zuspaltung der englisch-russischen Beziehungen verantwortlich machte und der man eine Entschärfung für eine etwaige Fortsetzung seiner „verhängnisvollen internationalen Politik“ zugehen dürfte.

Politik und andere Oppositionelle wandten sich gegen Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetunion, die er für die Zuspaltung der englisch-russischen Beziehungen verantwortlich machte und der man eine Entschärfung für eine etwaige Fortsetzung seiner „verhängnisvollen internationalen Politik“ zugehen dürfte.

## Zum Oktoberfest nach Moskau

Englische Arbeiterdelegation.  
In Leeds bildete sich ein Organisationskomitee für die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach der USSR, zur Beteiligung an der Feier des zehnjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution. Vorstandsmitglied des Organisationskomitees ist Broderick, Sekretär des Gewerkschaftsrates von Leeds. Am 8. Oktober wird eine neue Komitee organisiert, Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der Stadt Leeds zum Zentrum, um die Mitglieder der Delegation zu wählen.

## Schweizerische Arbeiterdelegation

In der Schweiz bildete sich eine Organisationskomitee für die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach der USSR. Es ist bereits eine Summe gesammelt, die die Abreise von 15 Delegierten ermöglicht. 11 Delegierte erwarten die Befähigung in den nächsten Tagen. Die Mehrzahl der Delegierten sind Parteimitglieder und Sozialdemokraten.

## Der Gefangene von Boisdam

Von Heinrich Wandt  
Copyright 1927 by Agis-Verlag Wien-Berlin  
Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten.

Im kleinen Charlottenburg hatten sich bewußt schauerliche Dinge abgespielt. Der Zustand der „Hymne“ in den ich meine drei neuen Freunde verlor, hatte leider nicht lange angehalten. Sie sahen ein, daß ich durchaus nicht, wie sie anfänglich wohl geglaubt hatten, vollständig übergeschnappt war, sondern nur einen Moment „Blind gedreht“ hatte, in dem sie wenig dankbare Rollen spielten.

Als die Erkenntnis in ihnen aufdämmerte, daß ich mich mittels meiner Völe als Napoleon III. in unauflösbare Verwickelung verwickelt hatte, rannten sie wie eine Welle aufgeregter Schöne, in die der böse Wolf eingebrochen ist, in der von Mittagsgelächtern die bestes „Königswitz“ umher und flackten sie durch ihr aufgeregtes und ganz unheimliches Gehen beinahe auf den Kopf.

Daher lasen sie dann aus meiner Wohnung an und der Redaktion der „Freien Presse“, in der sie sogar unter meinem Schreiberfing heruntroffen.

Sie ließen dort alle Schreie und anderen Befehle und, wie man mir später laudend erzählt, selbst die Staatsrenten, die man, wahrscheinlich, weil sie von der stillen Föhnung besessen waren, mir, den zwei Zehner schweren Entschloßen, nichtschick doch noch wachschlafen davon vorziehen.

Ich sah natürlich nicht in einer leeren Barrenwelt, sondern in einem Personenkreis, der mich höchstens aus dem für mich plötzlich so unangenehm gewordenen Berlin herausdrückte.

Meine Konstellation stimmte: Bei mir, dem mühseligen republikanischen Schriftsteller, lag die politische Welt um mich herum. Natürlich erließ noch am selben Nachmittag einen mit meinem wachgelungenen Lichtbild versehenen Briefchen hinter mir her und legte auf meine Erziehung den für schlichte Raubmörder zuführenden Koppreis aus.

Die gelovten Kriminalpolizeibeamten der Bahnhöfe waren alarmiert, und noch am selben Abend wurde ich in den Grenzwort mit mir gefangen. Denn der Herr, den ich schätzte, wenn man nicht einen demokratischen Reichsminister „abgehängt“, sondern nur Artikel geschrieben hat, die das Mißfallen der Leute erzeugen, die Gegner unserer derzeitigen noch republikanischen Staatsform sind.

Es war am 28. März um die dritte Morgenstunde. Ich sah auf dem Bahndamm einer kleinen, aber doch recht hübschen, und einmal strahlend hell und leuchtig, in dem, Gott sei Dank, mit einem Restaurant begnadeten Bahnhofs.

Ich konnte nämlich erst zwei Stunden später wieder einen Zug erwischen, der zwischen Boisdam und mich weitere hundert Kilometer legte. Und jetzt kam mir das Bewußtsein des majestätischen schließlichen Agrarers, und der mich mit dem alten Kriminologen, der mit dem wüßigen Gegenstandes geschicklich mit dem Glas, sondern verholten hatten, ließ zustanden.

Es trat nämlich einer jener Männer auf mich zu, die mittels ihres über den Arm geführten Knipplers jedermann wissen lassen.

Der Roman ist in Boisdam erschienen und kostet 8 Mark. Zu beziehen durch die Buchverlagsanstalt in Berlin, Lindenstr. 14, Verlagsbuchhandlung, Post 4244, wo in allen Städten der Reichs-Verlagungen nehmen die „Klienten“-Zugränge einsteigen.

Ich fühlte, wie mir ein fadenbüchiges Gefühl über den Kopf fiel und wie mir eine Angst fast die Kehle zuzuzunehmen drohte. „Jetzt ist du verurteilt“, war mein einziger Gedanke, und wenn mir der Mann das jetzt gesagt hätte, das ich bestimmt erwartete. „Herr Wandt! Sie sind verurteilt“, so wäre ich ihm widerstandslos gefolgt.

Aber der Mann dachte gar nicht daran, mir mit einer solchen unangenehmen Feigheit das Leben zu verbittern. Im Gegenteil, er fragte mich gar nicht, ob ich ihm gefolgt, an meiner grünen Seite Platz zu nehmen, und weil mir kein unangenehmes Gefühl natürlich sehr willkommen war, so sagte ich: „Aber bitte sehr!“ und rühte leise mein Stuhl zur Seite, so daß er sich ganz bequem neben mir niederlassen konnte.

Er ließ sich vom Keller ein Glas Bier bringen und knippte dann ein Gespräch mit mir an. Das begann natürlich zuerst mit dem Wetter, ging dann auf das Gebiet des Großhändlers über und endigte schließlich in ein kurzweiliges Gespräch über die Juden, die an dem verlorenen Krieg, der Inflation und den erhöhten Wertpapieren die Schuld trügen und die nicht aufröhren würden, das jede deutsche Volk zu vergelt und den einen Stand gegen den anderen aufzuheben, um im trüben Wasser zu schwimmen.

Sie erkannte ich denn, daß dieses Kind der Mann war, und gab ihm in allen Dingen recht, und er freute sich sehr, in mir einen Gleichgesinnten gefunden zu haben, dem gegenüber er aus seinem Betzen keine Mordgrube zu machen brauchte.

Ich stellte mich ihm als Rittergutsbesitzer aus der „von den verfluchten Polakern“ bedrohten Neumark vor und beförderte mich schon zu einem ehemaligen Mittemeister der Polizei eines sehr feudalen Truppenteils.

Er gab mir gleichfalls seinen ehelichen Namen und seine dienstliche Stellung preis und verführte mich, daß ihm kein kriminalistisches Verbrechen angedreht hätte, der Herr dort, der eben mit dem Schenkelung von Brandant an der Ober- und unteren ist, hat es in sich; das ist einer vom atemberaubendsten preussischen Adel, der frühere Offizier ist nicht zu verkennen!

Ich lächelte meinem neuen Bekannten feinselig zu und bot ihm eine „Glas Bernsteins“ an, deren Anblick die gute Meinung noch bekräftigte, die er ohnehin schon von mir hatte. Und dann fragte ich ihn, ob er denn noch dienstlich unterwegs wäre, das sei noch bis zu dem Augenblick der Fall gewesen, an dem er sich zu mir an den Tisch gesetzt habe. Er hatte nämlich noch den Zug kontrollieren müssen, mit dem ich angekommen sei, ob ich in sich nicht etwa ein aus Berlin getrimmter jüdischer Redakteur befände, der dort ein Schandblatt herausgegeben und Landesverrat getrieben hätte.

„Wandt heißt der Kerl, haben der Herr Mittemeister noch nichts von ihm gehört?“  
Ich vernahm und meinte, daß ich keine jüdischen Blätter, sondern nur die „Deutsche Tageszeitung“ lese, und ließ ihn deutlich merken, daß ich ein gewaltiger Antimilitarist vom Herrn sei. Und dann fragte ich ihn vorzüglich aus, ob er denn von dem „Bürger“ keine Personalbeschreibung besäße.

„Doch“, antwortete er, und zog sein Notizbuch und Diätette darin heraus.  
„Sehen der Herr Mittemeister: er hat ungefähr die Größe vom Herrn Mittemeister, aber Schlangenhaut und einen plumpen Genä!“  
„Schlangenhaut...“ habal“ lachte ich, „dann ist es schon der Wichtigtu, dann hat er gewiß auch frumme Beine und ein Paar Ohren, dann wie Bahndirektoren. Haben Sie denn kein Bild von ihm?“

Er erwiderte, das komme noch nach, der Gelehrte sei in erster Linie ein Photographie-Experte, und mit der Videographie sei es ja noch nicht so weit, aber er käme lieber aus noch, und dann hätten es die Kriminalbeamten der Bahnhofsstationen befreit.

Wir unterhielten uns noch eine gute halbe Stunde und schimpften dabei mächtig auf die „Judenrepublik“, von der er sein Gefühl bezog, und dann erhob er sich und stiefelte seine heimlichen Veneten zu, um im Bewußtsein treu erfüllter Pflichten den Schlaf des Bewußtseins zu suchen.

Aber ich wußte gar nicht, daß die Route, die ich mir anfänglich vornahm, und landete aus diesem Grunde erst einen vollen Tag später in der Grenzstadt, die ich mir als vorzügliches Ziel erlesen hatte.

(Fortsetzung folgt.)







# den. Betrieben

## „Wochenende“

In den ersten Tagen dieser Woche wurde der Streit der Berliner Straßenbahner abgemittelt. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hatte es durch ihre Verschleppungspolitik verhindert, die Aufnahme des Kampfes solange hinauszuschieben, bis seitens des Reichsarbeitsministers ein vom Sozialdemokraten Wiffel gefällter Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde. Nach der Verbindlichkeitserklärung wurde seitens der Reformisten ein Streit als ungeschlichtet abgelehnt. Der Schiedsspruch hatte absolut nicht den Forderungen der Straßenbahner Rechnung getragen. Nach der Entzweiung des Kampfes entpuppte sich eine lebhaft diskussion zwischen der reformistischen und der kommunistischen Presse über den Wert des Schlichtungswesens. Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, schrieb anlässlich dieser Auseinandersetzungen am 6. Oktober:

„Ein Schiedsspruch kann also den Arbeitern wie den Unternehmern einen Kampf ersparen, ohne in Wirklichkeit auf die Dauer bessere oder schlechtere Arbeitsbedingungen festsetzen zu können, als dem gegenseitigen Kräfteverhältnis und der wirtschaftlichen Konjunktur entspricht.“

Die wirtschaftliche Konjunktur hat und ist eine außerordentlich günstige, das gegenseitige Kräfteverhältnis fand auf Seiten der Straßenbahner seinen Ausdruck in einer Streikabstimmung, wo sich fünf Sechstel der Straßenbahner ungeachtet für den Streik aussprachen. Trotzdem wurde mit Hilfe eines sozialdemokratischen Vorstehers und zweier sozialdemokratischer Beisitzer ein Schiedsspruch gefällt, der weder dem „Kräfteverhältnis“ noch der wirtschaftlichen Konjunktur entspricht.

Dieser Ausgang der Straßenbahnerbewegung ist vor allem von Wichtigkeit für die Bergarbeiter Mitteldeutschlands. Auch hier hat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Taktik des Verschleppens der Kampfaufnahme verfolgt. Heute sollen nun endlich die Kämpfungen eingeleitet werden. Damit ist aber noch nicht der Streit aufgenommen, sondern liegt den Reformisten wiederum eine Woche noch zur Verfügung und sie hoffen, daß in dieser Woche noch ein Ausgleich gefunden wird. Die Grundbewegungen der Arbeiter in den Bergwerken sind nach verschiedenen anderen einschlägigen und man will nun Unternehmensseite versuchen, die Verhandlungen über Preisreduzierung parallel mit denen über eine Lohn-erhöhung zu führen, um zu erreichen, daß die Ergebnisse beider Verhandlungen zusammen ein für beide Seiten, d. h. für die Grundbewegungen (sonst als auch für die Reformisten annehmbares Kompromiß) ergeben.

In London fand eine Internermeeting statt, die von Vertretern aus England, Deutschland und nach verschiedenen anderen europäischen Staaten besucht war. Man hat sich über die verschiedenen Fragen unterhalten, und wird sicher nicht verzeihen, daß die internationale Unterdrückung der Arbeiterkraft zu besprechen.

Im Laufe der Woche hat ein kirchlich-sozialer Kongreß stattgefunden, auf welchem u. a. die Frage eines neuen „Arbeitsethos“ behandelt wurde. Das Organ der deutschen Scharfmacher, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, veröffentlicht darüber das Referat eines Dr. Schlotter. Was dieser Mann sich so aus dem Arm schneidet, ist wirklich interessant. Für heute seien nur zwei Dinge festgehalten. Er sagte:

auch der Unternehmer sei ein Diener der großen Sachpyramide und vielleicht in viel höherem Maße als der Arbeiter wirklich ein Opfer der großen Kraftmaschine Arbeit.

Das arme Opfer, welches jeden Tag höhere Dividenden einstreicht. In einer anderen Stelle heißt es:

„... notwendig ist eine „Arbeitspflege“.“

Welch edler Ton. Aber die Arbeiter können ihn, diesen Ton nämlich, der auf den Fabriken von Seiten der Unternehmer gepflogen wird, und werden sich auch durch diese Schlenker nicht irritieren lassen.

Die Leuna-Könige halten ab heute ihre Generalversammlung ab, und da soll auch das Leuna-Werk befristet werden. 14 Tage lang wird schon gekämpft und gekauert, damit nun alles in better Ordnung ist, wenn die Anstaltsverwaltungen ihre Dividendenbühne durch den Betrieb ziehen. Beim Anblick dieser Szenen wird den Leuna-Proleten wahrscheinlich so richtig zum Bedürfnis kommen, mehr großes Opfer diese „Diener der Sachpyramide“ ihrem Profit bringen, indem sie auch einmal in die Gasse hinaus hineinretzen.

## Die Bauarbeiter wollen kämpfen

Am 6. Oktober 1927 stattgefundenen Versammlung der circa 100 Mann starken Belegschaft der Firma Baugesellschaft Divo A. u. S. beschloß einmütig, sich dem Vorgehen der Bauarbeiterzeitung der Berliner A. G. anzuschließen und eine neue, sozialistische Tagespublikation zu fordern.

Wir rufen den Bewußten aller Bauarbeiter zur Unterstützung und zur Berechtigung der Forderung auf und fordern eine Verammlung der Bauarbeiter Halle.

Eine gleiche Resolution faßte eine am 6. Oktober 1927 stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Firma J. C. Möbis, Ammenborn, Baustelle Hartmann, Ammenborn.

## Wenn zwei daselbe tun, ist es noch lange nicht das Elbe

Vor einigen Tagen wurden die Kollegen mit einer neuen Verfügung von Köhler und Göttemann versehen mit dem neuen Reichsbescheid. Zwar hat ein solches Verbot schon immer bestanden, wurde aber bisher noch nicht streng durchgeführt. Jetzt mit einem Male erinnert man sich an Arbeitsordnung und Gewerbeordnung, man will damit sicher den Klauen entgegenkommen, damit sie ihr Rechtsgewalt geltend machen können. Das sollte dabei in der Verfügung, daß jeder, der beim Raufen geknappt wird, für eine weitere Tätigkeit ungeeignet ist. Da würde man dann bei der Direktion anfragen können, dort wird doch am meisten getraut, auch bei der sogenannten Arbeit. Es scheint nur mal wieder gegen

die Arbeiter etwas ausgespielt zu werden. Die Herren Betriebsleiter dürfen nach wie vor im Betriebe rauchen, auch Direktor Köhler. Noch schlimmer ist es, wenn man den Arbeitern gestattet, im Speisesaal während des Essens zu rauchen. Nun, der Kohlen ist ja banal, daß der Arbeiter statt essen rauchen muß, um seinen Hunger zu stillen. Oder will man auch hier Neuerungen einführen, ein paar Zigaretten essen und dann erst mal ein Glümmlingel ziehen, wegen der besseren Verdaulichkeit? Man kann sich ja da noch auf allerhand einlassen, wenn man kein Interesse daran hat, die Arbeiter wieder eine Lehre, im Betrieb bestimmt nur die Direktion und Ihr habt zu tun.

## Den Fabrikarbeitern der Kohleener Kalkfabrik zur Kenntnis!

Auf Grund des obigen Urteils der 58 Kollegen von der Fabrik Kalkfabrik hat zwischen dem Genossen Ledermann und den Vertretern der Gewerkschaft Kalkfabrik eine mündliche Verhandlung am Donnerstag, dem 6. Oktober, in Naumburg stattgefunden. Dabei die Höhe der Entschädigung konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Gewerkschaft Kalkfabrik legt ihre Taktik, die Fabrikarbeiter mit den minimalsten Entschädigungen, fort. Mit juristischen Spitzfindigkeiten luden die Vertreter der Gewerkschaft Kalkfabrik, die mit gebundenem Mandat der Arbeiterorganisationen verbunden, die durch Urteil des Reichsarbeitsgerichts zu entscheidenden 84 Arbeiter über die Ohren zu haufen. Mit minimalen Zeilenabänderungen können und werden sich die Arbeiter, die rüchlos sind, weil es im Interesse der Kalkgewaltigen lag, auf die Straße fliegen, nicht zurückgeben. Die Klage wird fortgeführt. Das Reichsarbeitsgericht hat nochmals zu entscheiden über die Höhe der Entschädigung. Im

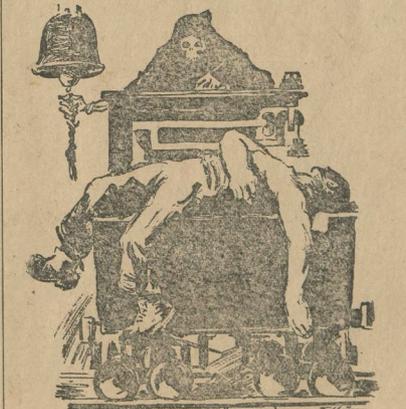
# Aus dem Curjohmann-Paradies der Farbenfabrik Wolfen

A. R. Die schon vor dem Krieg erkaute und während der Kriegsjahre immer mehr erweiterte Farbenfabrik ist eine der größten I. G. Betriebe. Die Ausdehnung zwischen den beiden Ortschaften Wolfen und Grippin zeigt einen ansehnlichen Komplex von Bauten, in denen hauptsächlich Farben und Hilfsstoffe, daneben verschiedene andere Produkte, gewonnen werden. Trotzdem einige Bauten jetzt nicht mehr im Betriebe sind, ist doch die Gesamtproduktion des Werkes recht hoch. Auch sind Anzeichen vorhanden, daß die Produktion durch Inbetriebnahme stillgelegter Bauten weiter steigt. Zusätzlich sollen viele neue Anlagen mit neuen Antriebsmaschinen und Maschinen ab. Die Belegschaft des Werkes, aus den vielen umliegenden Dörfern zusammengesetzt, beträgt heute nur noch 2700 Mann, gegen früher bis 4000 Mann. Von Leipzig, Halle, Zerbst, Dessau, überall kommen Arbeiter her, um der I. G. große Dividenden zu verdienen. Unter den Nationalisierungsmaßnahmen, vor allem der Einführung der Arbeits- und Verdienstarbeit, haben es die Herren Curjohmann usw. verstanden, die Zahl der Arbeiter bis zu 50 Prozent zu senken. Welche Ausbeutung in den einzelnen Betrieben herrscht, geht daraus hervor, daß heute oft

einer die Arbeit macht, wo früher vier, fünf und noch mehr Arbeiter nötig waren.

Heute ist es schon wieder so weit, daß in verschiedenen Betrieben überhaupt keine oder ganz geringe Prämien gezahlt werden. Vor allem liegt es hier in der Hand der einzelnen Betriebsleiter, die durch Entlassen interessiert werden, alles aus den Arbeitern herauszuholen, wenn eben nicht anders, dann durch den Absau der Entlohnung.

Am nun aber die Arbeiter nicht zur Erkenntnis ihrer Lage kommen zu lassen, geht Curjohmann sehr diplomatisch vor. Vor allem versucht er, die gut organisierten Arbeiter, Handwerker usw., durch einen weit über den Lohn des Fabrikarbeiters hinausgehenden Verdienst (bis 100 Prozent mehr) von Lohnkämpfern abzuhalten. Und es muß festgestellt werden, man erreicht damit auch ein Mitwirken in die Belegschaft hineinzuziehen. Und die Gewerkschaftsvertreter gehen sich wirklich eine Mühe, solches Mitwirken zu beistimmen. Ein treffendes Beispiel gab dafür die letzte Lohnstarkehandlung, wo Prof. Curjohmann seine diplomatischen Jonglierkünste zum besten



Die Rationalisierung ermordet täglich sechs Bergarbeiter! Darum kämpft gegen die Rationalisierung! Nur die KPD führt diesen Kampf! Werdet Mitglied der KPD!

## Betriebsmord! Ein Explosionsunglück

ereignete sich Donnerstagsabend im neuen Kraftwerk Trotha. Durch Unachtsamkeit eines Siederohres am Sumpfbombampfkessel wurde ein Heizer im Gesicht, an Brust und Händen verbrannt und mürbe mit dem Krantentranke abtransportiert werden.

anderen Falle muß die Gewerkschaft Kalkfabrik im ordentlichen Gerichtsverfahren zur Zahlung der Entschädigungen gezwungen werden. Der Vertreter: W. Ledermann.

## Hundelohn

wird verdient in der Betriebswerkstatt der Halle-Sett, Heider Eisenbahn, Kalkfabrik. Es wird jetzt 8 Stunden gearbeitet. Dieses veranlaßte einige Kollegen, aufzustehen. Sie forderten 20 Pf., was ihnen nicht bewilligt wurde. Es sollte nun ein Ausgleich geschaffen werden. Dessen bedurfte man als Betriebszeitungsleiter, welche nur einige Kollegen erhielten. Dem stellvertretenden Betriebsrat gibt man einen Lohn, der mehr als der anderen Kollegen beträgt, der sagt kein Wort mehr. Die anderen können weiter hungern, aber, wenn es ihnen nicht paßt, können sie gehen. Kollegen, was ist das für eine Arbeitskraft in eurem Betrieb? Wir rufen Euch zu, kämpft weiter, damit auch die anderen Kollegen die Zulage bekommen.

und unsere Gewerkschaftsleiter pumpt (hineinschießen) darauf reagierten. Curjohmann ist überhaupt eine starke Stütze der I. G. Betriebe, als Sanitätschef der mitteldeutschen I. G. Betriebe hat er überall seine Hand mit im Spiele. In der Farbenfabrik wird ohne ihn nichts unternommen. Er ist nicht da, wird alles zurückgestellt. Was er mitmachen kann, um aber keine weiteren Sandnungen nach außen nicht so auffallen zu lassen, deckt man sich mit dem Mantel der großen sozialen Liebe zu. Da gibt es locar eine besondere Sozialabteilung. Welche Stunden hat nun dieser? Nun, solche ist nicht für in der verordnete Arbeiter, die in den Betrieben ihre Gesundheit gefährden haben, auszuweichen zu lassen. Sein Fleiß haben, gelbe Wertpapiere unterhalten und solche schöne Sachen mehr, dazu dient die Sozialabteilung. Die Arbeiter, welche ihre Gesundheit ruinieren haben, ist man nach der Betriebskrantentafel, auf Kosten der Arbeiter natürlich, nach Tambach oder Schloß. Gibt das nicht mehr,

find sie nicht zu gebrauchen und werden eben ausgemerzt. Man verurteilt immer wieder, durch Entlohnung, wie findet die Coppenheim-Stiftung die Arbeiter zu fördern. Hier hat ein Dr. Coppenheim 100 000 Mark an Arbeitern und Angehörigen eine Ferienfahrt zu ermöglichen. Wenn es zu bezahlen ist, daß auch die Arbeiter während ihrer Ferien sich auf Reisen sollen erholen, so sind hier doch andere Gründe maßgebend. Einmal kommen präventiv die Angehörigen mehr in den Vordergrund, 10 Arbeiter und 8 Angehörige sollen jedes Jahr fahren. Zweitens wird dadurch, daß man Herrn Curjohmann mit der Führung betraut, seine Gewürz erreichen, das man nur zur Erholung die Kasse unternimmt und nicht auch die Belegschaft verläßt, in seine Kasse (Werber) zu bekommen. Besserlich könnte auch die Arbeiter durch Auszahlung geben, wo denn die Gelder geblieben sind von früheren Entlohnungen, wie Urlaubsgeld usw. Man soll nicht kommen, daß etwa die Inflation die Gelder entwertet hat, in der Industrie ist doch die Werte geblieben. Es ist daran zu erkennen, wie immer neue Methoden angewandt werden um die Arbeiterkraft zu schonen, sie nach eine Weile über ihre Dauer zu verwenden. Schon oben wurde verflüchtiges über die Betriebsleiter ausgeführt, die betreffenden Herren, die oft genug keine praktische Erfahrung haben im Tarieren von Arbeit usw., machen sich oft Rechte an, die ihnen gar nicht gehören. So kann es vorkommen, daß sie in letzter Minute den Urlaub freizeiten, auch anderen Urlaubsperrern man denselben und erklärte doch zurück.

Die können ihren Urlaub im Winter nehmen! Da stehen überall man aber nicht einfallen, damit der Profit, der immer mehr steigt, nicht bedroht wird. Wenn ein Betriebsleiter in Urlaub geht, ist immer Urlaub da oder es geht auch ohne ihn.

Ein besonderes Kapitel bilden die Anstaltskassen; überall können sie herum, um einen Arbeiter zu ermöglichen, der gegen die „gehobene“ Ordnung verstößt. Damit wollen die Herren ihre Anstaltsbeihilfe beweisen. Alle möglichen Rummelstände stellen sie an, wieder mal eine Weibung zu bringen. Es ist auch einmal notwendig, sich etwas mehr mit den Kollegen im Betriebsrat zu beschäftigen. Es sind drei Kollegen freigestellt von der Arbeit, aber in den Betrieben sieht man sie nicht so oft; dort wäre es doch manchmal zum Greifen, wie die Jubiläum zum Himmel schreien, dem geht man aber lieber aus dem Wege. Wie ist doch das nun mit dem Antrag

## wichtigste die Lohnzahlung

vorzunehmen? Statt dessen gibt man keine Zustimmung zur Wende, der Arbeitsordnung dem, dem Zulassungsleiter ist. In der Gewerkschaft im Betriebe liegt es, mehr als bisher überall mitzusprechen durch gute Vertrauensleute. Wählt in allen Betrieben solche Vertreter, die gewählt sind, sich auch für gute Interessen einzusetzen. Es muß weiter überall verläßt werden, den letzten Mann in die Organisation zu bringen, nur dann besteht die Möglichkeit, einreden aufzutreten zu können. Schon macht sich immer mehr die steigende Teuerung bemerkbar, schon ist der Lohn nicht mehr als ausreichend zu betraden. Rufft Euch auf, um die Frage der arbeitsrechtlichen Regelung zu stellen. Wenn Ihr nicht wollt, daß Euch die Teuerung über den Kopf schlägt, muß schon jetzt etwas getan werden, um hoffentlich einen Ausgleich zu schaffen. Darum, den letzten Mann in die Organisation zu

Kampf um eine sozialistische Regelung! Darum, wählt überall Vertrauensleute zur Vertretung eurer Interessen.











# Bitterfeld-Wittenberg

## Vorhst, Spibel in Bitterfeld!

Bitterfeld ist die Arbeiterstadt der Braunkohlen-Städtewerke in Bitterfeld von beinahe 100.000 Einwohnern. Jetzt hat man zwei solcher laubenden Gärten angelegt, um sie, wie auf dem Deuna-Wald und den übrigen chemischen Gärten, für den Winter zu erhalten. Es werden nicht allein die dort anwachsenden Früchte, sondern auch die Blätter, die im Winter in die Gärten kommen, für die Arbeiter in Bitterfeld, die sich um die Gärten kümmern, in Betrachtung gebracht haben, daß es sich um zwei Gärten handelt, die der Feuerwerk-Inspektion zur „Erhaltung“ des Waldes zugewiesen sind.

Ob sie nun hauptsächlich am Tage oder des Nachts im Betriebe herumläufend, konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Der Arbeiter muß es gelingen, durch laubende Beobachtung die beiden Spigel zu entlarven. Je eher das gelingt, desto besser.

## Bitterfelder Arbeiter-Organisationen für die Rote Hilfe

Rote Hilfe tut not! Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn unter der Masse der Werktätigen. Die Rote Hilfe ist eine überparteiliche Massenorganisation. Sie unterstützt die politischen Opfer der reaktionären Klassenjustiz samt ihren Familienangehörigen, pflegt und heilt ihnen ebenfalls mit Rat und Tat zur Seite. Sie macht keinen Unterschied zwischen Angehörigen der SPD, der KPD, oder parteilosen politischen Gefangenen. Um aber wirklich etwas leisten zu können auf diesem Gebiet, ist es notwendig, daß alle Schaffenden, ganz gleich, ob Kopf- oder Handarbeiter, sich zusammenfinden in der Organisation der Rote Hilfe. „Nur in die Rote Hilfe“ muß die Partei jedes einzelnen lauten.

Die Opfer der Klassenjustiz dürfen nicht vergessen werden, sie müssen wissen, daß ihre Arbeit draußen sich ihrer Familien annehmen. So beschloß die Arbeiter-Abteilung der Rote Hilfe in einer ihrer letzten Sitzungen, der Rote Hilfe 10 Mark zu geben. Der Arbeiter-Organisationen in Bitterfeld, die Rote Hilfe ebenfalls 10 Mark für die Rote Hilfe. Der Rote Hilfe in Bitterfeld, veranstaltete am 25. September einen Familienausflug nach Wolfenbüttel. Hierbei wurden ebenfalls 6,75 Mark für die Rote Hilfe gesammelt. So ist es recht. Arbeiter und Arbeiterinnen, vergesst nie bei Euren Zusammenkünften oder Veranstaltungen die Rote Hilfe.

Bitterfeld. Ferkelmarkt am 6. Oktober. Aufgetrieben waren: 154 Ferkel und 7 Wölfe. Es folgten: Ferkel 8 bis 16

## Aus dem Bitterfelder Stadtparlament

### Die Pleite der „Baterländischen Verbände“ in Bitterfeld — Das Kriegerdenkmal auf Kosten der Steuerzahler erbaut

Bei „pünktlicher“ Versammlung sprach der Vorsteher Kettel mit größter Gemütsruhe die Worte: „Es erwies sich leider, daß die Sitzung einen sehr lebhaften Verlauf nahm. Würde doch endlich einmal der Magistrat betreffs des Kriegerdenkmals den Schlichter leisten. Und da stelle ich heraus, daß die Kosten nicht viel veranlagt 10.000, sondern 60.000 Mark betragen haben. Die nationalistischen Verbände, die vorher „groß“ Maul gebläht hatten und alle selber durch Sammlungen aufbringen wollten, haben ganze 2.894,50 Mark zusammengeschmort.“

Das Verbleib aufzubringen überläßt man nun der Stadt.

Und deren Magistrat weiß, was deutschen Männern ziemt. Stillschweigend hat er für den Steinhauf aus „Heberbüchsen“ der Stadt im Jahre 1925 20.000 Mark, im Jahre 1926 10.000 Mark beizugeben, ohne die Stadtverordnetenversammlung zu fragen. Mit Recht erklärte Genosse Petermann, daß die Pleite der „Baterländischen Verbände“ daher bemerke, wie wenig Anhang die Schaffung dieses Steinhaufes gefunden habe. Es wäre weit richtiger gewesen, diese Pleite den Kriegerblutigen und -hinterbliebenen auszuliefern.

Es ist einleuchtend ein Standal, wie der Magistrat mit Steuerzahler umspringt.

Wenn die Vaterländischen von ihren „armen Gönnern“ das Geld nicht aufbringen können, so soll die Stadt, der man den Krieger übergeben hat, denselben auf Abbruch verkaufen. Es würde dadurch sehr zur Berichtigung der „Baterländischen Verbände“ die Worte wirklich nicht durch Bürgermeister Ebermann erklären zu lassen: Man kann sich nicht schuldig fühlen, da dies (d. h. die Zahlung der Kosten durch die Stadt) ein Verstoß des Magistrats und der Finanzkommission sei.

Und der Sozialdemokrat Bismhoff? Er ging mit durch die und durch. Wenn er sich nicht als Vertreter der Arbeiterstadt hätte, würde, wie die SPD, heute noch immer dabei, hätte er gegen dieses Gebaren anrennen müssen.

Nachdem der demokratische Stadtverordneten-Vorsteher einen distanzierenden Paragraphen der Geschäftsordnung gelesen und „erläutert“ hat und betont, daß er ihn auch streng anwenden will, er lautet: Stadtverordnete haben die Pflicht, sich nicht an dem, was in der Sitzung in Rede gebracht wird, zu beteiligen. Verleide hätte nach seinen Worten ein anderes Gebot als sein Wortlaut, und zwar unter anderem, daß er sich dadurch, daß keine „Zwischenfälle“ vorzogen werden.

Wir verstehen schon, Herr Gruppe. Die Anweisungen des Sozialdemokraten Bismhoff, Kommunisten „fern“ zu halten, damit er nicht „verpflichtet“ wird, nicht von den Sittungen zu „entfernen“ braucht, sind ja prompt auch in Bitterfeld befolgt worden in trauriger Gemeinschaft mit Bismhoff. (Der Bericht vom Städtetag steht im „Kriegsdenkmal“.) Der Bericht vom Städtetag, der Bericht über den Vortrag betreffs Schulreformen führt Genosse Petermann aus: „Ich kann nicht verstehen, daß auf dem Städtetag keine Diskussionen gepflogen sein sollen. Dies steht im Bericht. Warum will man nur für die höheren Schulen Reformen schaffen und nicht auch für die niederen? Die höheren Schulen sind heute immer noch „Bismhoffschulen“. Um übrigen müssen die Städtetage weit mehr kulturelle Arbeit leisten, heute leisten sie meistens „materielle“ Arbeit. Es ist nicht leicht zu verstehen, zu erklären: Bismhoff hat nicht recht. Er polemisiert gegen die Pleite der Bürgerlichen Pleite auf Kosten der Arbeiter, die Pleite der Pleite. Er hätte doch ruhig offen sagen können, Kinder, wenn von Euch jemand geht oder kommt, sind wir doch stets dabei und streifen so lächeln und vornehm behaltene Artikel in der „Freien Presse“. Warum macht Ihr das denn nicht aus, wenn von uns jemand geht?“

Es wird dann ausgemacht, der Kampf um die Rote Hilfe ist ein Kampf um die Rote Hilfe in einer Grimonlage. Der Magistrat verlangt hier nur Geld für die Materialbeschaffung. Geld für die Ausführung will er sich später bewilligen lassen. Wohlgerichtet, nachdem die Denkmalskosten bezahlt sind.

Dann wird nach längerer Debatte zugestimmt der Forderung

Markt pro Stück, Bisse bis 114 Pfund schwer 26 bis 30 Mark pro Stück. Es waren viele Käufer erschienen; der Umlauf war gut.

Bitterfeld. Der Magistrat gibt bekannt: Die Zimmerarbeiten für die Restauration der Schützen- und der Reiter-Straße sollen vergeben werden. Angebotsunterlagen sind im Stadtbauamt erhältlich. Die Angebote sind spätestens bis Donnerstag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Stadtbauamt, im verschlossenen Umschlag mit Firma und entsprechender Aufschrift versehen, abzugeben. Es ist eine Kasse zu zahlen. Die Reiter-Straße wird insoweit bringend notwendiger, werden bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird während dieser Zeit durch die Mühlstraße umgeleitet.

## In Stadt und Land

wird morgen von allen Parteigenossen und KPD-Kameraden gearbeitet, um den Volkskalender in jeden Arbeiters, Angestellten- und Beamtenhaushalt zu bringen. Heraus zur

## Kalenderverbreitungen!

# Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

## Stadtverordnetenversammlung in Delitzsch

Der Bürgerklub hält eine Unterhaltung der Arbeitslosen in der Armenfürsorge nicht für dringlich. Die reaktionäre, arbeitserföndliche „Delitzscher Zeitung“ unter der Lupe

Gleich bei Beginn der Sitzung hielt der Genosse Geithe mit dem „Chefredakteur“ bzw. Berichterstatter der „Delitzscher Zeitung“ Abrechnung. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind im „Delitzscher Zeitung“ und dessen Abdruck in einem bürgerlichen Kölner Feuilleton erschienen.

In Delitzsch gibt es bekanntlich öffentliche Bedürfnisanstalten nur für Männer, während für Frauen überhaupt keine vorhanden sind. Dieser Zustand ist seit jeder Besichtigung, man denke nur an die Verhältnisse auf dem Schützenplatz. Mit Recht stellte daher Genosse Geithe das feste Niveau der „Delitzscher Zeitung“ fest, indem sie unter im öffentlichen Interesse so wichtige Förderung auf Schaffung von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter einer lächerlichen Form überdies, ohne auf den Ernst der Sache einzugehen. Die Diener der Monarchie glauben damit die Arbeiterstadt und ihre Vertreter zu verhöhnen und in der Debatte nicht verunglimpfen zu können. Diese Art fenzugelnd die ganze bürgerliche Gesellschaft. Es ist nur bedauerlich, daß die Arbeiterstadt eine reaktionäre Zeitung noch unterhält. Bezeichnend ist, daß auch der zweite Vorsteher versucht, diese Art Berichterstattung zu betonen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung sind verhältnismäßig

schon erledigt. Die Ausstellung einer Besetzungspelle am Grundbesitz „Monopol“ wird mit 11 Stimmen der Finken gegen 9 abgelehnt. Die Arbeiter-Samarkit beantragt 300 Mark zur Errichtung einer Baracke. Genosse Geithe beantragt, 300 Mk. ohne Anrechnung auf die jährlich laufende Unterhaltung zu bewilligen. Die Bürgerblödmehrheit lehnt dies ab, so daß nunmehr diese 300 Mk. nur als Voranschlag auf drei Jahre zu beantragen sind.

Der Magistrat schlägt vor, den Vertrag mit dem Gaswerk auf weitere drei Jahre zu verlängern. Genosse Geithe beantragt Verlängerung auf ein Jahr und Beginn der Einrichtungsarbeiten sofort. Trotz großer Diskussion — besonders Stadtverordnete (süddeutsche) lehnte die Mehrheit für Verlängerung auf drei Jahre ein —, wird der Antrag der KPD, auf ein Jahr Verlängerung fast einstimmig angenommen. Stadtverordnete ergab sich, für seinen Antrag zu stimmen. Nur zögernd ergab er sich — er blieb allein. Nach Ablauf soll der Vertrag eine neue Fassung erhalten. Der Vertrag für bereits 40 Jahre alt.

Die Unterhaltungsverpflichtung der Armenfürsorge erhalten eine geringere Rente als ihre Lebensfähigkeiten, die Sozial- und Kleinrentner, wodurch ihre Notlage noch mehr verschärft wird. Genosse Geithe bringt deshalb im Namen der kommunalistischen Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Wir beantragen, den Hilfsberechtigten der Armenfürsorge eine einmalige Unterbringung in Höhe einer monatlichen Rente zu gewähren.“

Hier bemerkt nun der Bürgerklub seine ganze Liebe zu den Armen. Er lehnte die Dringlichkeit ab. Die Abstimmung ergab 10 gegen 10, der Vorsteher gab den Ausschlag, aus er lehnte mit „warmem Herzen“ ab. Ja, wenn es für die Schönen oder Monarchisten wäre, dann hätte man es eiliger.

Ob die Delitzscher Einwohner aus der Tätigkeit des geschlossenen und verschlossenen Bürgerklubs gelernt haben werden? Genosse Geithe kritisiert noch scharf die hiesigen Verhältnisse, besonders in der Kohlstadt. Der 1. Bürgermeister antwortet, daß demnach der Antwoort unangelegentlich und zwar vom Vorkopf aus, Spezialfall hier hergestellt werden. Weiter an dem Antrag, in der Säulenstadt in der Kriegerdenkmal von Seiten der Stadt weiter zu betreiben. Der Delitzscher Arbeiterklub wollen wir an dieser Stelle noch nochmals zurufen, meidet das Verbleib der Monarchie, die „Delitzscher Zeitung“, werdet Leher der Arbeiterzeitung, des „Klassenkampf“.

Solmsheim. Esperanto-Kursus. Am Dienstag, dem 11. Oktober, abends 7 Uhr, beginnt in der alten Schule ein Anfänger-Kursus der Welthilfssprache Esperanto. Es wird um rege Beteiligung gebeten.

Koith. Mitgliederversammlung der KPD. Am Dienstag, dem 11. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der „Gemeindehalle“ unsere fällige Monatsversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es erforderlich, daß die Genossinnen und Genossen zeitlich erscheinen.

Jörg. Ungelöstes Selbstmord. Der 21jährige Buchhalter Schürer, der auf einem Gute in Sprien beschäftigt war, verließ kürzlich seine Stelle, um, wie jetzt feststeht, den Freitod zu suchen. Schürer gelangte bis in die Gegend von Magdeburg, wo er sich über die Elternabhängigkeit legte und zum Zug überfahren ließ. Der Grund zu dieser Tat ist noch nicht geklärt.

Bitterfeld. Moskauer „Blau-Blauen“. Wie bereits mitgeteilt, findet das Gespielt nunmehr bestimmt am 15. Oktober im „Schützenhaus“, Kleinwittenberg, statt. Vorkaufsstellen für Bitterfeld und Kleinwittenberg sind in folgenden Geschäften: Gullaw Bahg, Schulstraße; Jakob Mehl, Hellstraße; Richard Kolbe, Goswiger Straße; Walter Hildebrand, Goswiger Straße und Freier Schürer, Kleinwittenberg; ferner bei allen Funktionären der JKS.

Wittenberg. Lichtspiel-Theater. Wir verweisen auf das im Intranatenteil veröffentlichte Programm.

schon erledigt. Die Ausstellung einer Besetzungspelle am Grundbesitz „Monopol“ wird mit 11 Stimmen der Finken gegen 9 abgelehnt. Die Arbeiter-Samarkit beantragt 300 Mark zur Errichtung einer Baracke. Genosse Geithe beantragt, 300 Mk. ohne Anrechnung auf die jährlich laufende Unterhaltung zu bewilligen. Die Bürgerblödmehrheit lehnt dies ab, so daß nunmehr diese 300 Mk. nur als Voranschlag auf drei Jahre zu beantragen sind.

Der Magistrat schlägt vor, den Vertrag mit dem Gaswerk auf weitere drei Jahre zu verlängern. Genosse Geithe beantragt Verlängerung auf ein Jahr und Beginn der Einrichtungsarbeiten sofort. Trotz großer Diskussion — besonders Stadtverordnete (süddeutsche) lehnte die Mehrheit für Verlängerung auf drei Jahre ein —, wird der Antrag der KPD, auf ein Jahr Verlängerung fast einstimmig angenommen. Stadtverordnete ergab sich, für seinen Antrag zu stimmen. Nur zögernd ergab er sich — er blieb allein. Nach Ablauf soll der Vertrag eine neue Fassung erhalten. Der Vertrag für bereits 40 Jahre alt.

Die Unterhaltungsverpflichtung der Armenfürsorge erhalten eine geringere Rente als ihre Lebensfähigkeiten, die Sozial- und Kleinrentner, wodurch ihre Notlage noch mehr verschärft wird. Genosse Geithe bringt deshalb im Namen der kommunalistischen Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Wir beantragen, den Hilfsberechtigten der Armenfürsorge eine einmalige Unterbringung in Höhe einer monatlichen Rente zu gewähren.“

Hier bemerkt nun der Bürgerklub seine ganze Liebe zu den Armen. Er lehnte die Dringlichkeit ab. Die Abstimmung ergab 10 gegen 10, der Vorsteher gab den Ausschlag, aus er lehnte mit „warmem Herzen“ ab. Ja, wenn es für die Schönen oder Monarchisten wäre, dann hätte man es eiliger.

Ob die Delitzscher Einwohner aus der Tätigkeit des geschlossenen und verschlossenen Bürgerklubs gelernt haben werden? Genosse Geithe kritisiert noch scharf die hiesigen Verhältnisse, besonders in der Kohlstadt. Der 1. Bürgermeister antwortet, daß demnach der Antwoort unangelegentlich und zwar vom Vorkopf aus, Spezialfall hier hergestellt werden. Weiter an dem Antrag, in der Säulenstadt in der Kriegerdenkmal von Seiten der Stadt weiter zu betreiben. Der Delitzscher Arbeiterklub wollen wir an dieser Stelle noch nochmals zurufen, meidet das Verbleib der Monarchie, die „Delitzscher Zeitung“, werdet Leher der Arbeiterzeitung, des „Klassenkampf“.

Hier bemerkt nun der Bürgerklub seine ganze Liebe zu den Armen. Er lehnte die Dringlichkeit ab. Die Abstimmung ergab 10 gegen 10, der Vorsteher gab den Ausschlag, aus er lehnte mit „warmem Herzen“ ab. Ja, wenn es für die Schönen oder Monarchisten wäre, dann hätte man es eiliger.

Ob die Delitzscher Einwohner aus der Tätigkeit des geschlossenen und verschlossenen Bürgerklubs gelernt haben werden? Genosse Geithe kritisiert noch scharf die hiesigen Verhältnisse, besonders in der Kohlstadt. Der 1. Bürgermeister antwortet, daß demnach der Antwoort unangelegentlich und zwar vom Vorkopf aus, Spezialfall hier hergestellt werden. Weiter an dem Antrag, in der Säulenstadt in der Kriegerdenkmal von Seiten der Stadt weiter zu betreiben. Der Delitzscher Arbeiterklub wollen wir an dieser Stelle noch nochmals zurufen, meidet das Verbleib der Monarchie, die „Delitzscher Zeitung“, werdet Leher der Arbeiterzeitung, des „Klassenkampf“.

Hier bemerkt nun der Bürgerklub seine ganze Liebe zu den Armen. Er lehnte die Dringlichkeit ab. Die Abstimmung ergab 10 gegen 10, der Vorsteher gab den Ausschlag, aus er lehnte mit „warmem Herzen“ ab. Ja, wenn es für die Schönen oder Monarchisten wäre, dann hätte man es eiliger.

Ob die Delitzscher Einwohner aus der Tätigkeit des geschlossenen und verschlossenen Bürgerklubs gelernt haben werden? Genosse Geithe kritisiert noch scharf die hiesigen Verhältnisse, besonders in der Kohlstadt. Der 1. Bürgermeister antwortet, daß demnach der Antwoort unangelegentlich und zwar vom Vorkopf aus, Spezialfall hier hergestellt werden. Weiter an dem Antrag, in der Säulenstadt in der Kriegerdenkmal von Seiten der Stadt weiter zu betreiben. Der Delitzscher Arbeiterklub wollen wir an dieser Stelle noch nochmals zurufen, meidet das Verbleib der Monarchie, die „Delitzscher Zeitung“, werdet Leher der Arbeiterzeitung, des „Klassenkampf“.

## Gulhaben ehemaliger Kriegsgefangener in England

Die Ausschaltung der Gelder, die den deutschen Kriegsgefangenen in England gutgeschrieben worden sind, ist im Gange und es sind bereits 7 Millionen Mark an ehemalige deutsche Kriegsgefangene überweisen worden. Diese Summe stellt aber noch nicht die Hälfte der gesamten Forderung der Kriegsgefangenen dar. In Deutschland haben sich insofern wesentliche Schwierigkeiten ergeben, als die Gründung aller Kriegsgefangenenvereine aus Arbeit in der Kriegsgefangenenarbeit ein solches Gulhaben zuzieht, noch nicht gelungen ist. Außer England kommt für die Entlohnung deutscher Kriegsgefangenenarbeit im wesentlichen nur noch Frankreich in Frage, das sich verpflichtet hat, die fälligen Zahlungen bis zum Ende dieses Jahres zu verpflichten.

Torgau. Mehr Licht auf dem Postamt wenigstens. Torgau ist zwar auch in geistiger Beziehung noch nicht hell, weil teilweise die Dunkelheit der Dummheit in Dummgen könnte aber die Post wirklich dazu überlegen, endlich die veraltete Gasbeleuchtung abzulassen. Es ist wirklich ergötzlich, wenn abends die Beamten die vorhinmündlichen Licht-Glühbirnen in Betrieb legen, sich dieses Schauspiel anzusehen. Ist denn das so fürchterlich teuer, verdirbt die Gesundheit, wenn man hier elektrische Licht ansetzt? Es muß jedenfalls gelassen, wenn die Beamten sich nicht ihr Augenlicht dauernd schädigen sollen. Und das Publikum muß ja auch sein gutes Geld zahlen.

Sohelentpfeif. Scheunenbrand. Vorgelesen nachmittags brannte die Scheune des Fuhrmanns Emil Hügel völlig nieder. Die Pfeife- und freiwillige Feuerwehre konnten sich nur auf den Schutz der nebenstehenden Gebäude beschränken, da die mit Feuer und Gerölde gefüllte Scheune nicht zu retten war. Der Schaden ist größenteils durch Versicherung gedeckt. Die Entschädigungsbetrag des Fuhrers ist noch nicht bekannt.

Freiwillige Republikanismus Kulturklub. In der Werkstatt des Schulhauses steht das unermüdliche Kriegerdenkmal. Warum sollte es auch hier kein Kriegerdenkmal geben? In diesem selben Schulhaus ist jetzt die zweite Lehrstunde veranlagt. Auf Anordnung der Regierung. Weil weniger als 60 Schülinder (!) vorhanden sind. Deswegen wird Freiwillig noch jetzt an, hat eine dreifache eine einstufige Schule haben. In der man zwar weniger Wissen vermitteln kann, aber doch in Gottesfurcht und Vaterlandsliebe die Kinder zu erziehen wird, daß für sie bereitwillig auch ein Kriegerdenkmal gesetzt werden kann. Dafür genügt ja auch eine einstufige Schule!

Wahrscheinlich. Verflucht, daß man sich nicht bei jedem immer verurteilt! Aber warum kann lieber den weiteren Weg wählen. Neben dem Pfarrhaus steht die Kirche. Es ist schon alt, doch erzieht den Pfarrer aus Wohnung dient und spendet dazu, um den Schülern die Moral zu lehren, um schließlich Summe dummer zu machen. Die gute Moral eines Seelenhirten hat einen Hebel und dieser Hebel ist ein Bierglas. Die andere Seite der guten Moral hat eine Dinkelfurche und diese nennt sich „Geschlossene Gesellschaft“, dieser Gesellschaft anderer Teil sind Bürger, welche keine Moral predigen. Die verdorrte Menschheit hat doch zwei Untergänge — mühte nicht eventuell ein neuer Kreis die Menschheit befeuern, Herr Pastor? Wie entfällt! Gehe Sie ins stille nachgelagerte Kriegerdenkmal und deren für die böse Menschheit. Warum den Weg von einer halben Stunde bis zum Bahnhofs-Relaxanzant, das ist doch ein Ort für Brömmigkeit? Oder mühte die Heilsarmee erst eingreifen?

## Zum letzten Male

erzogen an alle KPD-Kameraden und Genossen, heute, den 8. und morgen, den 9. Oktober, am letzten Aufmarsch der roten Front, der

## in diesem Jahre

stattfindet, teilzunehmen. Die Untergaue Delitzsch, Bitterfeld und Wittenberg marschieren geschlossen auf

## in Delitzsch



# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Quartal 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Monatsheft-Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Berkaerstraße 14.

Vertriebspreis: 10 Pf. für den mit 50 Pf. im Zeitvertrieb. Manuskripte sind zu richten an: Halle, Berkaerstraße 14. Tel. (Halle) 21045, (Merseburg) 22233. Telegramm: „Klassenkampf“ Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Verlagskonto: Leipzig 1605 48 7114 3011, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 8. Oktober 1927

7. Jahrgang • Nr. 237

## Letzte Rüstungen zum Bergarbeiterkampf!

Heute wird gekündigt — Es darf keine Streikbrecher geben — und keine Abwägung durch den Schlichter Eisenbahner, Chemie- und Transportarbeiter, verweigert Streikbrecherarbeit, schließt Kampfbündnisse!

Halle, 8. Oktober.

Das Leben auf den Gruben wird von Tag zu Tag lebensziger. Die Distinktionen, soweit sie im Rahmen der gesteigerten Anspannung bei der Arbeit möglich sind, werden hinfällig. Da ist noch einer, der nicht mitmachen will, und dort sind andere, die allerdings berechtigtes Misstrauen gegen die Kampfleitung der Gewerkschaften hegen. Aber immer mehr bezieht sich die Erkenntnis Bahn, daß es jetzt nur eines geben kann:

Den Kampf so zu organisieren, daß er ein Sieg auf der ganzen Linie wird.

Ein Sieg ist möglich. Die Grubenherren können die 80 Pf. pro Mann und Schicht bequem auspacken. „Wir haben lange genug verzögert — auf Lohn, der durch die steigenden Preise entwertet worden ist, auf Arbeitszeit, die verlängert worden ist und in der wir viel mehr ausgebeutet werden als früher — jetzt sollen einmal die Herren Unternehmer von ihrem geliebten Profit etwas, ein paar Pfennige, an uns für Frayn und Kind abtreten lernen.“ So und ähnlich äußerten sich uns gegenüber eine große Zahl von Bergarbeitern, mit denen wir sprachen. Und sie haben recht. Der Kampf, der sich im mittelbunischen Bergbau entwickelt, ist einer zwischen Lohn und Profit, zwischen Kapital und Arbeit und damit aber auch einer zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse und denen der Bourgeoisie, zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeiterzeitungen und Parteien einerseits und Unternehmerorganisationen, Schlichtungsausschüssen und dem bürgerlichen Staat andererseits.

Hart auf hart ist die Devise in solchen Kämpfen.

Nur der wird siegen, der alle verfügbaren Kräfte zum gemeinsamen Schlage und nach wohlüberdachtem Plane anleitet, der rücksichtslos kämpft und der verliert, die Kräfte des Gegners zu zermürben.

In dieser Periode des Triumphes der Reaktion, des Bürgerkriegs und der Hindenburg-Regierung ist es ausbleibend, daß wir zu Beginn eines Kampfes die Kräfte des Gegners übersehen. Aber selber lehrt die Erfahrung, daß die losgebombten Gewerkschaftsführer sich allzu gern ins feindliche Lager begeben und dort zu Beschäftigten bestimmen lassen, die einem glatten

Vertrat der Interessen der Kämpfenden gleichkommt. Wir erinnern nur an den Berliner Straßenbahnertamp.

Kein Schlichter darf diesen Kampf noch in letzter Minute abwürgen.

Einen solchen Verrat darf auf keinen Fall die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft dulden. Sie muß vielmehr dafür sorgen, daß die Verbandsbureaus alles tut, um die Aussichten auf Sieg so günstig als möglich zu gestalten.

Was ist dazu notwendig?

Die letzte Woche der Vorbereitung — bis zum 17. Oktober — ist zur Organisierung des Kampfes in den Betrieben gründlich auszunutzen. Es darf keinen Streikbrecher geben! Jeder Betrieb muß reiflich stillgelegt werden!

Zur besseren Organisierung dieser Arbeit sind auf allen Gruben Streikkomitees zu bilden, die die Arbeit überwachen, Flugblätter und Zeitungsmaterial verbreiten und Delegationsberatern in allen zur letzten Mobilisierung ein-

auch 2 Millionen Mark Verbandsgebühren für den Kampf flüssig machen will, so ist doch bedeutender als diese Unterstützung die Kampfesolidarität der übrigen Arbeiterklasse!

Darum muß auch der Bergarbeiterverband die sofortige Verbindung mit den Gewerkschaftsverbänden der Eisenbahner, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter anstreben, damit durch diese Organisationen jede Streikbrecherarbeit und Einfluß von Streikbrecherkräften aus anderen Gebieten verhindert wird.

Der englische Bergarbeiterkampf brach deswegen nach monatelangem Kampfe zusammen, weil die anderen Verbände nichts taten, um die Bergarbeiter in diesem Sinne zu unterstützen und — weil auch der deutsche Rumpel Streikbrecherkräfte förderte und der deutsche Transportarbeiter sie verlor und nach England schickte.

Im Gegensatz dazu können wir gerade heute die Nachhilfe von einem solchen Sieg amerikanischer Bergarbeiter begehren. Nach einem Kampfe von sechs Monaten haben sie den Angriff auf ihren Lohn abgewehrt. Von 7,5 Dollar sollte der Schichtlohn auf 5 Dollar abgesenkt werden. Die Unternehmer mußten zu Kreuzen kriechen und den alten Lohn von 7,5 Dollar weiterzahlen.

Bei uns geht der Kampf um Erhöhung des Lohnes. Die 80 Pf. können und müssen erkämpft werden! Nicht die letzte Woche zum Kämpfen, dann wird und muß der Kampf gelin-



Die Weise von diesen Arbeitern, die unterrichtet werden. Dort die Verbindung und zur besonderen nationalen Arbeit der Verbandsleitung

## Geschenke an die Großagrarien

Wer sind — Jährlich 100 Millionen an die Steuerhüldeberger

Die den Großagrariern ist ein Winterbe-

teils nichts anderes als Geschenke an die Großagrarien. Die Monopolverwaltung läuft von den Brennereien der Großagrarien zu weit über dem Marktpreis liegenden hohen Preisen den Brennwein und legt ihn zum Marktpreis im In- und Auslande ab. Ein hektoliter Weingeist kostet der Monopolverwaltung (inkl. Reinigung) 80 Mark, und sie verkauft technischen Spiritus zu 30, Motorspiritus zu 15 Mark. Jetzt wurde der Weizenmarktpreis abermals um rund 12 Prozent erhöht, so daß die Besteuerer, d. h. die Geschenke an die Großagrarien, sich auf mehr als 100 Mill. Mark jährlich erhöhen werden.

Vom Steuerzahler sind die Großagrarien befreit, aber aus den Steuern der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und wertigen Bauern erhalten sie hunderte Millionen in den Taschen geworden.

Der SPD-Presse, die diese Tatsache kritisiert, steht allerdings eine Enttarnung über die unangehörigen Subventionen an die Großagrarien nicht zu, denn diese Subventionen wurden auch ausgenutzt, als SPD-Führer die Ministerien drückten. Das Geschäftsgeschehen der Brennwein-Monopolverwaltung ist ja nicht von heute, es war schon zu Wilhelms Zeiten so und ist von der Ebert-Hindenburg-Republik weitergeführt und ausgebaut worden.

Viele Subventionspolitik wird geführt mit der Begründung, daß der Kartoffelbau geschützt und rentabel gemacht werden müsse, d. h. daß die Preise für Kartoffeln erhöht werden. In der Tat! Die Preise auch für Speisekartoffeln werden durch die Subventionspolitik der Monopolverwaltung hart in die Höhe getrieben und sind nicht zuletzt deshalb mehr als doppelt so hoch als vor dem Kriege. Der Staat treibt also eine bewußte Auswucherung der konsumierenden arbeitenden Massen.

Mit der angeblichen Förderung des Kartoffelbaus steht andererseits aber nicht im Einklang, daß die Monopolverwaltung 30 Millionen Mark für Brennwein aus einem kleinen Weizen ansetzt und ihn für 12 Millionen wieder verkauft, also 18 Millionen Mark verliert. Was wird von den Brennereien um 9 Mark pro Zentner gelohnt, daraus wird Brennwein im Verkaufspreis von 2 Mark hergestellt, und der Staat zahlt den Brennereien über 10 Mark.

Ein profitables Geschäft! Die Brennereien haben außerdem noch die Alkoholprodukte — Schlempe zur Verfeinerung — als Ertragsprofit. Hier wird als Begründung angeführt — ebenso auch in bezug auf Kartoffelverarbeitung —, daß für die Sicherung des Mindestpreises die Schlempe als Futtermittel dringend gebraucht werde. Das ist aboluter Schwindel. Ganz ist Schlempe ein gutes Futtermittel, aber der Wegfall von Schlempe bedeutet nicht im geringsten eine Gefährdung des Viehbestandes, sondern höchstens eine Verminderung des Profites einiger hundert Großgrundbesitzer, die durch die Politik der Monopolverwaltung zu einem billigen Viehfutter kommen. Bei höchstens 5 Prozent des Rinderbestandes in Deutschland kommt Schlempe-Fütterung in Frage. Schon daraus ist die Haltlosigkeit des großagrariischen Argumentes zu ersehen.

Das gesamte wertvolle Volk muß darum verlangen: Schluß mit der Verblöderung unserer Steuergehler bei Subventionen an die Großagrarien! Schluß mit der Hungerpolitik des Staates!

## Boincaré treibt

(WZ.) Paris, 7. Oktober.

Wie die Havas-Agentur teilt, hat der französische Botschafter in Moskau heute vormittag vom Minister des auswärtigen Handels die letzten Instruktionen erhalten, um offiziell die Abberufung Katowitsch zu fordern. Er werde diese Instruktionen heute Abend Lichtsicherin in Form eines motivierten Schreibens mitteilen. Die verschiedenen zwischen Frankreich und Rußland ausgetauschten Noten würden zweifellos morgen nach Beendigung des Ministerrates veröffentlicht werden.

Bezeichnend für die Hintergründe dieses Beschlusses ist die Tatsache, daß der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Jalewski in Paris eingetroffen sind.

Wie die Pariser Presse meldet, hat Lichtsicherin selbst die Forderung ausgesprochen, daß die französische Regierung die Abberufung Katowitsch schriftlich und mit genauer Angabe begründet, verlangt. Dem waren Grund und mit genauer Angabe begründet, verlangt. Dem waren Grund und mit genauer Angabe begründet, verlangt. Dem waren Grund und mit genauer Angabe begründet, verlangt.

Bis jetzt hat eine einflussreiche Gruppe französischer Politiker, unter der Führung des Kabinettsmitglieds De Monzie, den Plänen Boincarés gegenüber Überland geleitet. Die Stellung des Außenministers Briand war spannend. Die Forderung auf Abberufung Katowitsch geht, daß der englische Imperialisismus dem der Deltwurf den Einfluß dieser Gruppe zurückgedrängt hat und den wüßigen Kampf der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion durchziehen will.

Die Pariser Presse meldet, daß der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Botsch-Borsch, am 7. Oktober, erneut bei Lichtsicherin vorstellig wurde und ihm in dringlicher Form zur Wägung gegen-



Der viel umkämpfte Katowitsch Botschafter der U.S.S.R. in Paris